

Europäische Stabilität

Griechenland in der Sackgasse: Zwei Irrtümer und ein Ausweg

Das Scheitern des 110 Mrd. € schweren ersten Rettungspakets für Griechenland beweist, wie richtig es war, dass seitens der SPD-Bundestagsfraktion eine glaubwürdige Wachstumsperspektive für Griechenland und eine Senkung der erdrückenden Zinslasten durch eine Gläubigerbeteiligung eingefordert wurden. Wie von vielen Kritikern befürchtet, steckt Griechenland nun in einer abwärts gerichteten Rezessions-Schulden-Spirale, anstatt einen Weg aus der Krise zu finden.

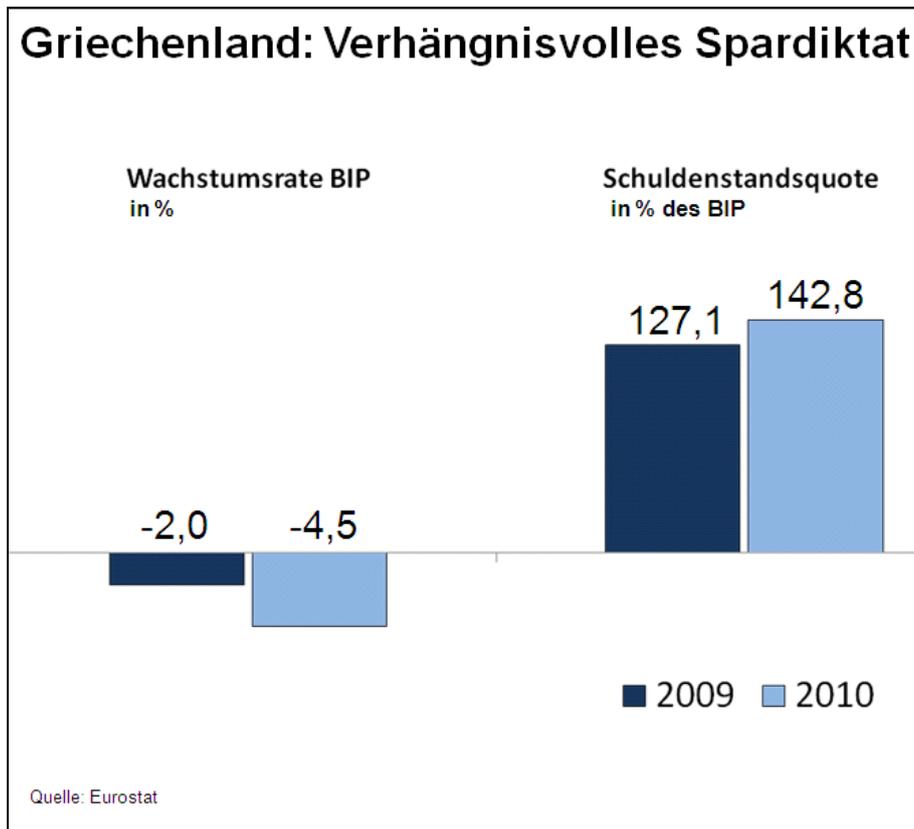
Dennoch wollen die Europäischen Regierungen die wirkungslose Therapie nun in noch höherer Dosis fortsetzen und weitere Hilfskredite nur gegen zusätzliche Sparauflagen gewähren. Das kann nicht gut gehen. Keine Lösung wäre auch der Versuch, die aktuelle Schwäche der griechischen Wirtschaft durch eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder anderer Partner im Euroraum ausgleichen zu wollen. Denn: Griechenland hat nicht nur innerhalb der Eurozone an Wettbewerbsfähigkeit verloren, sondern auch und gerade im Austausch mit Staaten außerhalb der Eurozone und außerhalb der EU.

Ein wirklicher Ausweg aus der Schuldenkrise Griechenlands verlangt eine durchgreifende und nachhaltige Stärkung und Modernisierung der griechischen Volkswirtschaft. Dazu bedarf es aber realer Investitionen anstatt eines immer weiter anschwellenden, realwirtschaftlich nicht tragbaren Mittelabflusses insbesondere an die ausländischen Gläubiger. Hier muss eine wirksame Krisenbekämpfung ansetzen.

Irrtum Nr. 1: Das einseitige Spardiktat

Wir haben in den vergangenen 10 Jahren in Deutschland selbst erfahren: Haushaltskonsolidierung braucht Wachstum. Und Wachstum braucht Wettbewerbsfähigkeit nach außen und Nachfrage im Innern – in Griechenland fehlt es gegenwärtig an beidem und folglich herrscht Rezession. Hieran hat das Rettungspaket nicht nur nichts geändert, es hat die Lage sogar noch verschärft.

Die unter Führung der schwarz-gelben Bundesregierung im Vorjahr als Bedingung für das Rettungspaket diktierte einseitige Sparpolitik hat die Binnennachfrage in Griechenland massiv geschwächt, ohne einen Ausgleich, etwa durch eine Investitionsoffensive, zu schaffen. Folglich hat sich auch an der Wettbewerbsschwäche der griechischen Wirtschaft nichts geändert. Im Ergebnis sinken in Griechenland das Inlandsprodukt und die Steuereinnahmen, während Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Zinsbelastung weiter ansteigen.



Eine Fortsetzung, gar Verschärfung der Politik der einseitigen Sparauflagen wird Griechenland nicht retten, sondern im Gegenteil zum Dauerpatienten machen. Sie führt direkt in die dauerhafte Abhängigkeit von Hilfe hinein, vor der sie Europa doch angeblich bewahren will.

Klar ist aber auch: Der Pfad der Konsolidierung des griechischen Staatshaushalts ist zwar keine hinreichende, sehr wohl aber eine notwendige Voraussetzung der Gesundung. Worauf es ankommt, ist die Frage: Wie werden die durch die Hilfskredite und die Sparpolitik entstehenden Spielräume genutzt? Wohin fließen die frei werdenden Mittel? Sind die zusätzlichen Spielräume groß genug, um die nötige Modernisierung der griechischen Wirtschaft voranzutreiben?

Denn das ist das Problem: Gegenwärtig fließen diese Mittel als zusätzliche Zinszahlungen gleich wieder zurück an die Gläubiger Griechenlands, dem Land selbst und seiner Wirtschaft kommen sie nicht zugute. Hieran kann nur ein (teilweiser) Verzicht der Gläubiger auf Zins- bzw. Tilgungszahlungen, d.h. die von der SPD seit langem geforderte Gläubigerbeteiligung wirksam etwas ändern.

Irrtum Nr. 2: Wettbewerbsfähigkeit ist kein Nullsummenspiel

Die Gesundung der griechischen Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie selbst wirklich stärker wird und verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit zurück gewinnt. Und an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat Griechenland nicht nur innerhalb der Eurozone, sondern auch und gerade gegenüber der Konkurrenz von außerhalb. Deshalb ist der Ausgleich der Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ein wichtiger Schritt, reicht allein aber nicht aus.

Insofern ist es durchaus wünschenswert, wenn Deutschland jetzt seinen in den Vorkrisenjahren praktizierten Verzicht auf produktivitätsadäquate Lohnzuwächse überwindet. Eine Stärkung der hiesigen Binnennachfrage führt zur Stabilisierung des deutschen Wachstumsmodells, insbesondere zur Entwicklung des Dienstleistungssektors und nutzt auch dem Abbau der Ungleichgewichte innerhalb Europas. Allerdings wäre auch für Griechenland nichts gewonnen, wenn sich nun umgekehrt Deutschland, etwa durch überproportionale, den jeweiligen Produktivitätsspielraum überschreitende Lohnsteigerungen, in seiner Wettbewerbsfähigkeit nachließe.

Eine allein auf die europäische Binnenperspektive fixierte Sichtweise vernachlässigt die Bedeutung, die die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums und außerhalb der EU hat. Zudem ignoriert sie, dass Deutschland und Griechenland angesichts ihrer unterschiedlichen Produktionsstrukturen auf den meisten Märkten gar keine direkten Wettbewerber sind.

Diesen Befund legt auch eine nähere Betrachtung der Entwicklung des Außenhandels Griechenlands, Deutschlands sowie der gesamten Eurozone nahe¹: Die Ausweitung des griechischen Handelsdefizits gegenüber Staaten außerhalb der Eurozone war in den letzten Jahren offenbar noch größer als die Defizitzunahme gegenüber den Partnern in der Eurozone. Die-

¹ Dazu ausführlich „Hintergrund“ S. 6 und 7

ser Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittstaaten kann aber nicht durch eine „symmetrische Lastenteilung“ innerhalb der Eurozone bekämpft werden.

Für die Erhaltung des (annähernden) Außenhandelsgleichgewichts der Eurozone insgesamt ist die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch gegenüber dem Rest der Welt von essentieller Bedeutung. Im Bezug auf diese Drittstaaten wäre eine „symmetrische“ Anpassung innerhalb der Eurozone kein Nullsummenspiel: Eine geringere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands käme nicht automatisch Griechenland oder anderen Staaten des Euroraums zugute. Zwar würde sich die relative griechische Wettbewerbsposition innerhalb des Euroraums, nicht aber gegenüber den Drittstaaten verbessern. Im Ergebnis würde sich die Außenbilanz der Eurozone insgesamt verschlechtern, was tendenziell zu einer Senkung des Außenwerts des Euro führen würde. Davon wiederum würden die Defizitländer innerhalb des Euroraums, wie Griechenland, zumindest anfänglich negativ betroffen sein, Überschussländer wie Deutschland hingegen positiv.

Ausweg: In die Zukunft investieren, statt an den Lasten der Vergangenheit ersticken

Dass sowohl Griechenland als auch seine Partner in Europa sich angesichts der großen Unsicherheiten hinsichtlich einer späteren Rückkehr Griechenlands an den Kapitalmarkt und der fortbestehenden, krisenbedingten Schwäche des europäischen Banken- und Finanzsystems dem Thema der Beteiligung der privaten Gläubiger an den Rettungskosten nur sehr vorsichtig nähern, ist einerseits verständlich.

Andererseits hat der Verzicht auf diesen Schritt offenkundig zur Beschleunigung der Rezessions-Verschuldungs-Spirale beigetragen, in der sich Griechenland aktuell befindet. Eine Ausweitung der Hilfen der Europartner und die Konsolidierungsanstrengungen Griechenlands sind den jeweils Betroffenen ohne einen Beitrag der privaten Gläubiger politisch kaum mehr zu vermitteln.

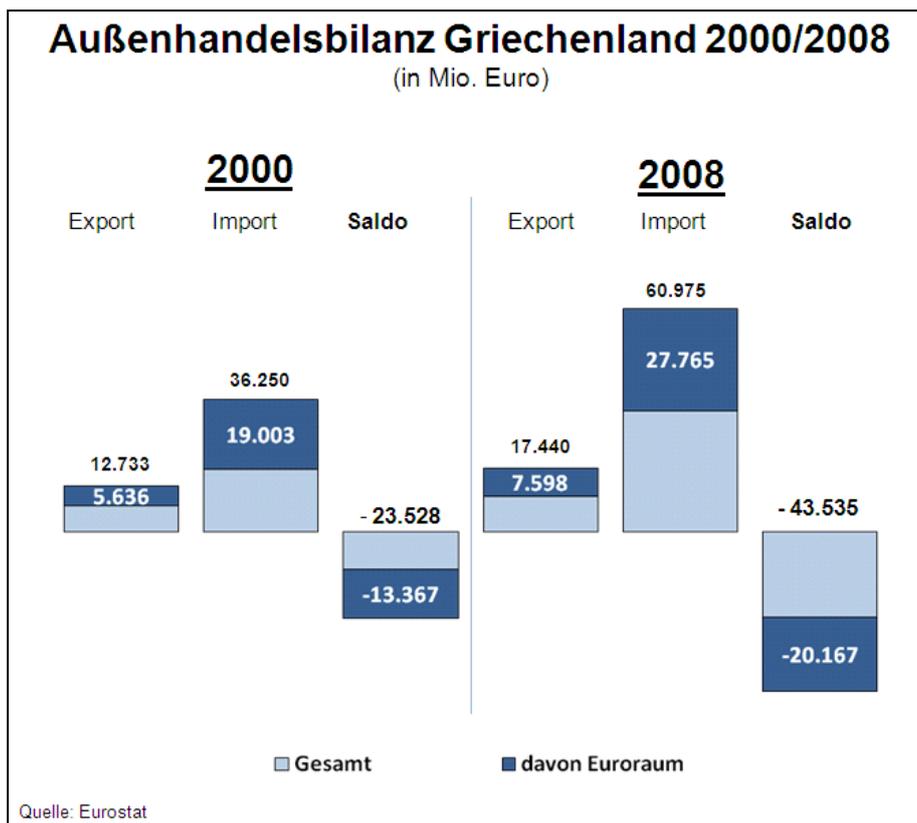
Und auch ökonomisch scheint es evident: Soll Griechenland aus der Sackgasse kommen, soll die Rezessions-Verschuldungs-Spirale wirksam durchbrochen werden, muss Griechenland wesentlich mehr Mittel in Investitionen für die Zukunft lenken und weniger in die Bedienung der Lasten der Vergangenheit.

Will man die Kosten der Rettung Griechenlands und der Wiederherstellung seiner Wirtschaftskraft durch geeignete Realinvestitionen nicht endgültig allein den übrigen Europartnern, d.h. den dortigen Steuerzahlern aufbürden, müssen wir in absehbarer Zeit noch etwas Weiteres erreichen: Die Renditen für griechische Staatspapiere müssen unter die zu erwartenden Renditen der nötigen Realinvestitionen gedrückt werden. Andernfalls wird man kaum private Investoren für die Modernisierung der Krisenländer finden.

Hintergrund: Die Entwicklung des Außenhandels Griechenlands, Deutschlands sowie der gesamten Eurozone²:

Das griechische Außenhandelsdefizit betrug im Jahr 2000 insgesamt 23,5 Mrd. €, davon 13,4 Mrd. € aus dem Handelsverkehr mit den Mitgliedern der Eurozone³. Im Jahre 2008 war das griechische Außenhandelsdefizit dann auf insgesamt 43,5 Mrd. € angewachsen, davon entfielen 20,2 Mrd. € auf den Euroraum. Von der Gesamtzunahme des griechischen Handelsdefizits zwischen 2000 und 2008 in Höhe von 20 Mrd. € entfielen 7,7 Mrd. € auf den Euroraum, gleichzeitig aber 13,2 Mrd. € - fast doppelt so viel - auf Staaten außerhalb der EU.

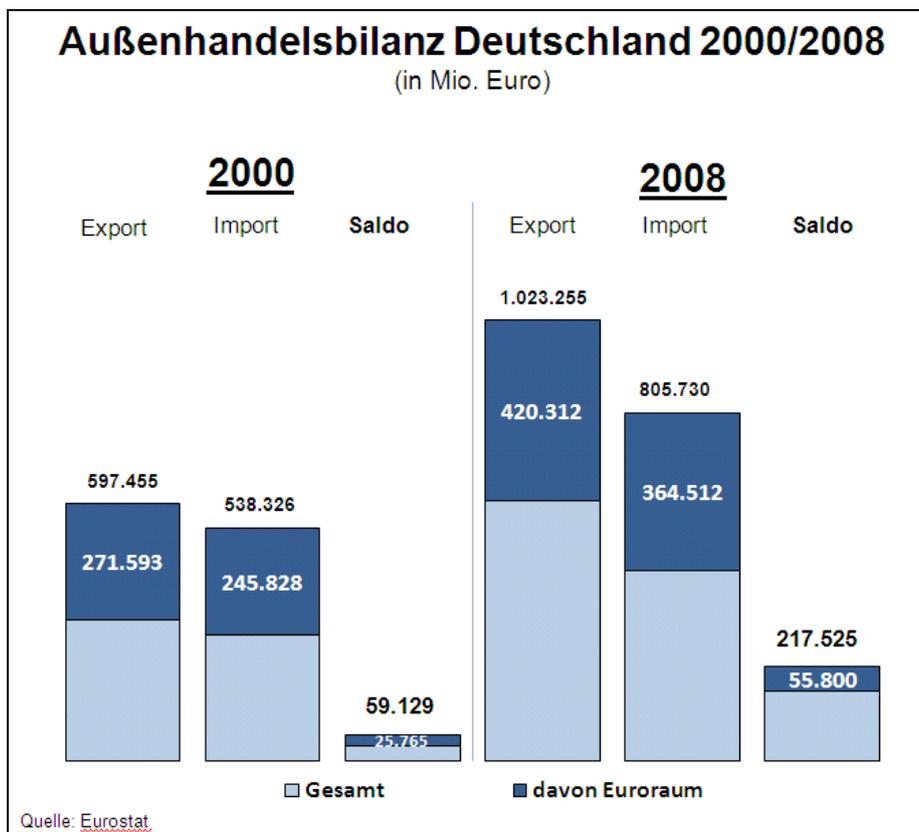
Die Zunahme des bilateralen griechischen Handelsdefizits gegenüber Deutschland liegt mit +60% im Zeitraum 2000-2008 sehr nahe am Durchschnitt der Defizitzunahme gegenüber dem gesamten Euroraum (+57%). Deutlich stärker nahm das griechische Defizit hingegen gegenüber Spanien (+87%), Belgien (+133%) oder Österreich (+188%) zu, Ländern mit einer sehr heterogener Entwicklung ihrer realen Lohnstückkosten im betrachteten Zeitraum.



² Quelle: Eurostat: External and intra-EU trade – statistical yearbook – 2010 edition

³) berücksichtigt sind alle 17 heutigen Mitglieder der Eurozone (EA-17)

Der deutsche Außenhandelsüberschuss betrug im Jahr 2000 insgesamt 59,1 Mrd. €, davon 25,8 Mrd. € aus dem Handel mit den Partnern der Eurozone. Im Jahre 2008 war der deutsche Außenhandelsüberschuss dann auf insgesamt 177,5 Mrd. € angewachsen, davon entfielen 70,4 Mrd. € auf den Euroraum. Von der Gesamtzunahme des deutschen Handelsüberschusses zwischen 2000 und 2008 in Höhe von 118,4 Mrd. € entfielen also 44,6 Mrd. € auf den Euroraum, gleichzeitig aber 55 Mrd. € - rund ein Viertel mehr - auf Staaten außerhalb der EU. Die relative Zunahme des deutschen Handelsbilanzüberschusses war damit gegenüber Handelspartnern außerhalb der EU um mehr als das 2,5-fache größer als im Handel innerhalb der Eurozone.



Der Handelsbilanzsaldo des gesamten Euroraums gegenüber dem Rest der Welt blieb zwischen 2000 und 2008 wesentlich stabiler, als die vorstehenden Einzeldaten für Griechenland und Deutschland vielleicht vermuten ließen: 2000 verzeichnete die Eurozone insgesamt ein Defizit von gerade einmal 30 Mrd. €, in 2008 eines von rd. 55 Mrd. €. In einzelnen Zwischenjahren (und auch im Krisenjahr 2009) wurden hingegen kleine Überschüsse erreicht. Insgesamt kann man also feststellen, dass die Außenhandelsbilanz der Eurozone gegenüber dem Rest der Welt über den gesamten Zeitraum seit 2000 hinweg in etwa ausgeglichen war.